

Monats-Abonnements werden bei allen Deutschen Postanstalten auf den 2ten u. 3ten Monat besonders angenommen, im Kgr. Sachsen u. Kryst. Sachsl.-Altenburg auch auf den 1ten Monat à 5 1/2 Sgr. angenommen.

# Der Volksstaat

Erscheint in Leipzig Mittwoch, Freitag, Sonntag. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten u. Buchhandlungen des In- u. Auslandes. Filial-Expeditionen für die Vereinigten Staaten: F. A. Sorge, Box 101 Hoboken, N. J. Wm. Lueders, 409 Maystr. Chicago, Ill. Peter Gah, 8. W. Corner Third and Coates str. Philadelphia.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abfassung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 Sgr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

## Ein Nothschrei vom Land.

Wir erhalten aus einem Dorf in der Nähe von Groß-Glogau (Schlesien) ein von sechs Landarbeitern unterzeichnetes so charakteristisches und bedauerliches Schreiben, daß wir es unter Weglassung der Namen und mit Wölbung einiger Stellen vollständig zum Abdruck bringen: „Geehrte Parteigenossen! Wir geben Euch eine kleine Beleuchtung der hiesigen Zustände. Unser Dorf liegt bei der Festung Groß-Glogau, darin herrscht der gemachte Edelmann, der königliche Landrath v. J. Dieser Mensch siegte bei der Wahl mit unsrer Hilfe über Karl Braun; aber jetzt nach der Wahl haben wir die Qual. Fortwährend haben die hiesigen Arbeiter gehofft, daß sie diese Einte etwas verdienen würden, und wer verdaß ihnen das als der Landrath und Rittergutbesitzer J.? Eines schönen Tages läßt er seine Arbeiter rufen, Männer und Frauen, und macht ihnen bekannt: wenn die Männer für 10 Sgr. und die Frauen für 5 Sgr. von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang arbeiten wollten, so könnten sie weiter arbeiten, wenn nicht, so würde er sich noch mehr Soldaten holen. Gegen 20 Mann Soldaten arbeiten hier schon fortwährend, denen giebt dieser Landrath und Edelmann täglich 10 Sgr. und die Kost. Was bleibt uns wohl weiter übrig, Brüder? Entweder arbeiten und verhungern — oder wollen wir nicht verhungern, dann stehen wir im Zuchthaus zu sterben, denn bei diesem Lohn müssen wir arbeiten, wenn wir leben wollen. Es ist hier um diese Festung zu wenig Arbeit, wir können auch gegenwärtig nichts anrichten, denn die Herren Gutbesitzer holen sich gleich Soldaten zu der Feldarbeit. Wir fragen aber die Arbeiter der Welt, ob solche Zustände nicht eine Schande sind für die Menschheit. Aber was trägt denn die Schuld am meisten: die drei Bruderkrieger hinter einander. Dazu waren wir freilich gut, ihr Herren, nicht wahr? Aber wartet ab, — wir haben uns Witz gekauft und sangen an zu denken. Hoffentlich werden wir es soweit bringen, daß wir uns dem großen Bruderkriege anschließen können. Mit Brudergruß und Handschlag zeichnen — (folgen die Unterschriften).“

Dies das Schreiben. Eines Commentares bedarf es nicht. Im Gegenheil: die zermalende Wucht der Thatfachen würde nur vermindert, der furchtbare Ernst, der in den einfachen Worten dieser Männer aus dem Volk liegt, abgeschwächt werden. Es ist schon viel über die Grund- und Bodenfrage geschrieben worden — aber mit Ausnahme des englischen: „Wir leben nicht, wir sterben Hungers“ des englischen Landarbeiters ist das Elend der Landbevölkerung wohl nie so pathetisch, so beredt, so ergreifend, so herzerstreuend zum Ausdruck gelangt, als in dem gelenden Nothschrei dieser sechs schlesischen Landarbeiter: „Entweder arbeiten und verhungern, oder stehen und im Zuchthaus sterben.“

Er verstößt doch hoffentlich nicht gegen § 130, — Herr Tessenborf? — Warum enthält auch das deutsche Strafgesetzbuch nicht einen Paragraphen: „Hungers zu sterben ist bei Strafe verboten?“

## Politische Uebersicht.

Mit unverkennbarem Behagen bringen die Reptilienblätter nachstehende Depesche des Wagner'schen Telegraphenbureaus in fetter Schrift zum Abdruck:

„Königsberg, 20. Juli. Die „Ostpreussische Zeitung“ meldet: Kurz vor dem Quednauer Tumult wurden folgende sozialdemokratische Schriften unter der Landbevölkerung verbreitet: Ein Joh. Rost unterzeichneter, in Chemnitz gedruckter „Mahnruf an die Feldarbeiter“ und in Zürich gedruckte „sozialdemokratische Arbeiterlieder.“

Bekanntlich ist Rost's „Mahnruf an die Feldarbeiter“ eine Broschüre, die sich schon längere Zeit im Vertriebe befindet und an welcher noch kein Staatsanwalt etwas Strafbares entdeckt hat. Haben sie also in Quednau wirklich Exemplare dieser Broschüre vorgefunden, so hätte das gar nichts zu bedeuten. Was die Verbreitung „kurz vor dem Tumult“ betrifft, so darf man diese Nachricht mit um so größerer Vorsicht aufnehmen, als sie aus der „Ostpreussischen Zeitung“ stammt, einem Blatte, das von Herrn Otto de Grahl redigirt wird, einem notorischen Stipendiaten des Reptilienfonds, dessen kürzlich an die Deffentlichkeit gelangter Brief ja zur Genüge darzuthun hat, welcher Art die Beziehungen dieses Herren zu der preussischen Regierung sind. Da es somit in dieses Gewerbe der „Ostpreussischen Zeitung“ gehört, die Sozialdemokraten zu verächtigen, so darf man wohl auch fragen: Wer hat die Schriften verbreitet? Seit den in Aussicht genommenen „Hochverräthern“ schon von geschickten Spiegeln Bomben und Granaten in die Häuser praktiziert worden sind, um in den darauf folgenden Hausdurchsuchungen auch ein „entsprechendes Resultat“ zu haben, muß man sehr vorsichtig sein.

Der gewaltige Klassenkampf in England und Schottland, welcher in einer Anzahl von Strikes und Lockouts schon seit Monaten tobt, hat sich jetzt auch über die Meerenge nach Irland verbreitet. Unter den Leinwandwebern in Belfast, dem Hauptort der irischen Leinwandindustrie, ist ein Strike ausgebrochen, an dem, wie irischen Blättern zu entnehmen ist, gegen 40,000 Weber theilhaftig sind. Die Bourgeoiszeitungen jammern über den „permanenten“ Ruin, der dem Handel der Stadt Belfast durch diesen Strike bereitet wird. Wie sieht es aber mit dem permanenten Elend der Arbeiter? — „Ja Bauer, das ist ganz was anders!“

— Unsere württembergischen Parteigenossen haben auf ihrer am 14. Juni zu Omiind abgehaltenen Landesversammlung nachstehende Beschlüsse gefaßt:

1) Jedes Parteimitglied in Schwaben hat zur Deckung der Congreß-Delegirtenkosten 15 Kr. zu zahlen.

2) Das Landes-Agitationscomité wird nach Stuttgart verlegt. 3) Behufs der Agitation zu Reichstags-, Landtags- und Communalwahlen organisiren sich die Parteimitgliedschaften in Schwaben nach den betreffenden Wahlkreisen.

4) Für die nächsten Reichstags-, Landtags- und Communalwahlen sind Candidaten in Aussicht zu nehmen, resp. als solche geeignet erscheinende Persönlichkeiten ausfindig zu machen. Ferner sind diejenigen Kreise näher zu bezeichnen, in denen eine offizielle Candidatur von Erfolg erscheint.

Alle Mitgliedschaften sind verpflichtet, vorzugsweise bei den Reichstagswahlen in ihrem Kreise einen Candidaten aufzustellen, angenommen davon sind die Mitgliedschaften derjenigen Orte, in welchen der Allg. deutsche Arbeiterverein Mitglieder hat. Diesen Ortsvereinen ist eventuell insofern ein Compromiß mit dem Allg. deutschen Arbeiterverein gestattet, als derselbe den Prinzipien der Organisation und den Beschlüssen des kommenden Congresses der soz. dem. Arbeiterpartei nicht widerspricht.

5) Zur Bestreitung der Verwaltungs- und Agitationskosten des Landes-Agitationscomités hat jedes Parteimitglied in Schwaben 1 Kreuzer pro Monat zu bezahlen und ist der jeweilige Vertrauensmann beauftragt, die Steuer dem Landes-Agitationscomité jeden Monat einzusenden.

6) Alle offiziellen Mittheilungen seitens der einzelnen Mitgliedschaften sowohl, als auch seitens des Landesagitationscomités haben in der „Südd. Volkszeit.“ zu erscheinen. — Ferner haben die Parteigenossen Württembergs noch ganz besonders mit aller Kraft für die Verbreitung dieses Blattes einzutreten und ihm namentlich durch Zuführung recht zahlreicher Abonnements und Inserate ihre volle Unterstützung zukommen zu lassen.

7) Die Mitgliedschaften haben geeignete Männer zu ernennen, welche die „Südd. Volkszeit.“ mit wahrheitsgetreuen, sachlichen Correspondenzen bedienen, überhaupt derselben Material zu übermitteln, welches geeignet ist, etwas mehr Licht in die sozialpolitischen Zustände resp. Mißstände ihrer Gegend zu bringen.

8) Die nöthigen Maßregeln sind zu treffen, um die Organisation neuer, sowie die Hebung bereits bestehender Gewerkschaften ersprießlich ausführen zu können, und sind die Parteigenossen verpflichtet, dem Landescomité die Orte zu nennen, in welchen die Begründung von Gewerkschaften und Parteimitgliedschaften von Erfolg erscheint.“

— Unser Mitredakteur Bloss, der gegenwärtig eine Gefängnißstrafe von drei Monaten verbüßt, ist wegen angeblicher Beleidigung des Kaufmanns Sparig zu 50 Thlr. Geldstrafe verurtheilt. Berufung ist angemeldet. Die Beleidigung soll enthalten sein in dem offenen Brief, den Bloss in der Nr. 4 des „Volksstaat“ an Sparig richtete und der zum Zweck hatte, eine während der Wahl-agitation von Sparig gegen Bebel geschleuderte verleumderische Behauptung zu widerlegen.

— Nach einer Depesche aus Sommerfeld ist Parteigenosse Heil and verhaftet. Eine Parteimitgliedschaft ist gegründet worden. Heiland wäre also das zweite Opfer des staatsverhetzenden Bürgermeisters. Die Gründung der Mitgliedschaft ist die beste Antwort, welche die Sommerfelder Arbeiter diesem Stromer II geben konnten. Stromer I ist bekanntlich der famose Bürgermeister in Nürnberg. (Siehe in „Freitag Vorm.“ — erfahren wir, daß Heiland wieder in Freiheit gesetzt ist.)

— Sonnemann, Redakteur der „Frankfurter Zeitung“, ist wegen des bekannten, auch von uns abgedruckten Artikels über die Frankfurter Vierkrawalle, in letzter Instanz zu 2monatlicher Gefängnißstrafe verurtheilt worden, und hat dieselbe bereits angetreten. Somit hätten „die Schuldigen hinter den Coulissen“ glücklich zwei Redakteure hinter Schloß und Riegel gebracht.

— In Hamburg erscheint ein neues Arbeiterblatt und zwar mit rein gewerkschaftlicher Tendenz, unter dem Titel: „Der Vot“, Organ des Verbandes der Spengler und verwandten Berufsgenossen. Dasselbe wird von W. Meyger redigirt. Wir wünschen natürlich besten Erfolg!

— Berichtigung. Der „Hamburger Sozialdemokrat“, das Organ der Bräuer'schen Fraktion, enthält im Leitartikel der Nr. 29 folgende Behauptung:

„Die vorjährige versuchte Separatirung Carthagens von dem spanischen Einheitsstaate (!) wurde vom „Volksstaat“ freudigst begrüßt.“

Das ist einfach falsch. Wiederholt haben wir seiner Zeit erklärt, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei mit Contreras und Genossen gar nichts zu thun habe, und zwar aus dem sehr nahe liegenden Grunde, weil die Interessen der spanischen Arbeiter bei dieser Erhebung direct gar nicht ins Spiel kamen, und weil durch diese Erhebung die spanische Republik untergraben wurde.

## Sechster Congreß

### der social-demokratischen Arbeiterpartei.

Coburg, 21. Juli. Die gestrige Vormittagsitzung begann nach 11 Uhr, nachdem vorher die Generalversammlung der Genossenschaftsbuchdruckerei Leipzig getagt hatte. So viel aus dem Geschäftsbericht genannter Druckerei zu entnehmen ist und auch aus den Debatten hervorzugehen, ist der Stand des Geschäftes als ein außerordentlich günstiger nach jeder Seite hin zu betrachten. \*) Ausführlicher Bericht hierüber folgt im „Volksstaat“.

— Nach Verlesung der Präsenzliste kamen zunächst einige Agitationsangelegenheiten bez. Abhaltung von Versammlungen in Hof, Bayreuth, Würzburg, Eisenach, Gotha, Erfurt, Magdeburg etc. zur Sprache und wurden mehrere Parteigenossen beauftragt, den Wünschen der Parteigenossen in den aufgeführten Städten nachzukommen.

Die Commission, die zur Erledigung des Streites Lepp contra Eckstein gewählt worden war, erklärte, die Klage des Ersteren nicht für begründet erachten zu können und sprach den Wunsch aus, die Parteigenossen möchten in Zukunft den Congreß nicht mit solchen Geschichten um seine kostbare Zeit bringen. Die Angelegenheit Hillmann-Schuhmacher-Nork wurde durch Vergleich erledigt. Das Protokoll der Sitzungen vom 19. wurde ohne Widerspruch genehmigt. Bei der nun folgenden Debatte über den Schriftungsvertrieb durch die Volksstaatespedition bildete der Preis für die einzelnen Agitationschriften die Hauptfrage und wurde schließlich der Antrag Geib's angenommen, daß Ausschuß und Expedition gemeinschaftlich den Preis und zwar immer den möglichst billigen festzusetzen hätten.

Der Antrag der Hamburger Genossen, das Budget für „Volksstaat“ und „Socialdem. Wochenblatt“ stets auf dem Congreß festzustellen, wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Hierauf Schluß der Vormittagsitzung. Wiederaufnahme der Verhandlungen um 3 Uhr.

Nachdem vom Vorsitzenden ein Begrüßungstelegramm aus Leipzig von Studenten aus allen Ländern verlesen worden war, schritt man zur Verathung der Anträge, die bez. des Inseratenwesens des „Volksstaat“ gestellt worden waren. Nach langer lebhafter Debatte wurde der Liebke'sche Antrag, Geschäftsanzeigen in den „Volksstaat“ überhaupt nicht mehr aufzunehmen, mit großer Majorität angenommen. Begründet wurde der Antrag hauptsächlich damit, weil es sehr schwer sei, solide Geschäftsinserate von Reclame- und Schwindelanzeigen zu unterscheiden. Der Antrag Jorks, den Preis für Vergütungs- und sonstige Privatanzeigen von 2 auf 2 1/2 Gr., und für Arbeiter- und Parteianzeigen von 1 auf 1 1/2 Gr. pro Zeile zu erhöhen, wurde gleichfalls zum Beschluß erhoben. Der weitere Antrag, den Abdruck von Gewerkschafts-Abrechnungen, Protokollen, Statuten etc. in den Annoncentheilen zu verweihen, wurde abgelehnt. Hierauf erstattete Grillenberger Bericht über den Stand des Nürnberger „Socialdem. Wochenblattes“. Da die gedruckte Abrechnung ziemlich genau specificirt war, so war der mündliche Bericht kurz, was im Interesse wichtiger Verathungen von allen derartigen Angelegenheiten zu wünschen wäre. Bei dem Punkt „Anträge zu diesem Bericht“ wurde vielfach die Frage ventilirt, ob es nicht gerathen sei, das Nürnberger Parteiorgan baldmöglichst als Tagblatt herauszugeben. Diese Ansicht vertraten namentlich Liebkecht und Geiser. Grillenberger, Geib und Bahlschick wiesen auf die ungeheueren, namentlich finanziellen Schwierigkeiten hin, mit denen unsere täglich erscheinenden Parteiblätter zu kämpfen haben und beschränkten dreimaliges Erscheinen, so bald dies ohne Schaden möglich sei. Ein Beschluß wurde in der Sache nicht gefaßt und erklärte der Congreß lediglich, daß er den Expeditionsbericht des Wochenblattes mit Befriedigung entgegengenommen habe.

Auf Antrag der Zürcher Genossen wurde, um zur Beilegung des leidigen Conflicts in der Schweiz beizutragen, eine Untersuchungskommission, aus drei Personen bestehend, niedergesetzt.

Um sechs Uhr Vertagung der Sitzung um eine Stunde.

Bei Wiederaufnahme der Verhandlungen nach 7 Uhr kamen wieder einzelne Telegramme zur Verlesung, was einige Parteigenossen veranlaßte, den Antrag zu stellen, der Congreß möge die Genossen darauf aufmerksam machen, in Zukunft das Geld nicht unnöthiger Weise für Telegramme hinauszuwenden, da dieselben vollständig nutzlos seien. Nach wenigen Erörterungen wurde der Antrag durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Kunmehr standen die Vorschläge zur Aenderung des Parteiprogramms zur Debatte. Dieselben sind den meisten Parteigenossen aus dem „Volksstaat“ bekannt; es sei jedoch erwähnt, daß während der Verhandlungen selbst noch eine weitere Anzahl von Aenderungsvorschlägen eingebracht wurde. Jedoch waren sich die meisten Delegirten von vornherein klar, daß der diesmalige Congreß noch nicht in der Lage sein werde, die definitive Umgestaltung des Programms vorzunehmen, da im Allgemeinen, selbst unter den Parteigenossen, große Unklarheit über diesen Punkt vorhanden sei. Es wurden denn auch schon vor Eintritt in die Verathung verschiedene Anträge auf Vertagung der Entscheidung für nächstes Jahr gestellt. Den Commissionsbericht erstattete Geib. Derselbe berichtet, daß die Commission schriftlich verhandelt habe. Dieselbe hat sich deshalb eigentlich nicht über alle Punkte verständigen können, einige sich aber zuvörderst darüber, daß die Worte „voller Arbeitsvertrag für jeden Arbeiter“ wissenschaftlich richtiger formulirt werden müßten, ferner, daß die Grund- und Bodenfrage ausdrücklich im Programm zu erwähnen und der Passus bezüglich des Staatskredits für Productivgenossenschaften zu ändern wäre. Noch scheint es übrigens nach Ansicht der Commission nicht an der Zeit zu sein, die Aenderung positiv vorzunehmen, vielmehr empfiehlt die Commission, dieselbe im laufenden Jahre eingehend zu diskutiren, Schriften über das Programm zu veröffentlichen und die Entscheidung über die Aenderung im nächsten Jahre vorzunehmen. Geib verbreitet sich über die einzelnen Vorschläge der Commissionsmitglieder und warnt davor, in der Programmreform allzu rasch und weit zu gehen, da sonst vielfach Rißfälligkeiten unter den Parteigenossen entstehen könnten. Die vorgeschrittenen Parteigenossen mögen an die übrigen die Concession machen, mit allen ihren theoretischen Anschauungen in's

Programm vorbringen zu wollen. Die nun folgende Debatte war eine äußerst anregende und hätten wir nur gewünscht, daß unsere bornirten oder dochhaften Gegner Gelegenheit gehabt hätten, namentlich unsere Gegner aus den sogenannten „wissenschaftlichen“ Kreisen, die Verhandlungen der Vertreter des Proletariats anzuhören. Eine Anzahl Delegirter sprach sich gegen Aenderung aus, da das Programm uns doch bisher sehr gute Dienste geleistet habe und sich schon aus taktischen Gründen eine vorläufige, nicht völlig klar durchgearbeitete Abänderung nicht empfehle. Einzelne, wie Dr. Stamm, Tauscher, Motteler wollen wenigstens vorläufig den § 10 durch einen klarer gefaßten ersetzen, doch ist die Mehrheit der Redner für vorläufige Beibehaltung des Programms in seiner jetzigen Form. Auch Liebknecht tritt dafür ein und macht geltend, daß allerdings das jetzige Programm das Datum 1869 an sich trage und hervorgegangen sei aus einem Compromiß zwischen vorgeschrittenen Communisten und Lassalleanern. Doch seien immerhin Sätze von dauerndem Werth darin enthalten, welche vollständig die sozialistischen Grundsätze in ihrer ganzen Ausdehnung enthalten. Wenn wir aber jetzt ein neues Programm machen wollen, das dann also das Datum 1874 trägt, so müßte dasselbe die Resultate der Sozialwissenschaft, die seit 69 erzielt wurden, enthalten.

Nach fast dreistündiger Debatte kommt folgender Antrag zur namentlichen Abstimmung:

„In Erwägung, daß der Congreß die Verbesserungsbedürftigkeit des gesammten Programms, insbesondere die Nothwendigkeit einer größeren Klarstellung der ökonomischen Zielpunkte anerkennt; in Erwägung jedoch, daß er diese Angelegenheit gegenwärtig noch nicht für spruchreif hält: beschließt der Congreß, die Berathung der Anträge auf Abänderung des Programms bis zum nächsten Congreß zu vertagen und übergibt hiermit die Programmfrage zur allseitigen Discussion der Gesamtpartei.“

Dieser Antrag, gestellt von Kolasch und unterstützt von circa 30 Genossen, wurde mit 48 gegen 4 — 2 waren abwesend — angenommen.

Es dürfte also für das nächste Jahr Aufgabe der Parteigenossen an allen Orten sein, durch eingehende Discussionen zur Klärung der Sache beizutragen.

Nachdem auf Antrag Geib's noch der Geschäftsbericht der Genossenschaftsdruckerei Leipzig und das Protokoll der Generalversammlung derselben bekannt gegeben und zu lebhafter Unterstützung dieses so wichtigen Unternehmens aufgefordert worden war, schloß die Sitzung kurz vor 11 Uhr.

21. Juli. Am heutigen Vormittage eröffnete Wahlrecht die Sitzung um 1/9 Uhr. Man schritt sofort zur Berathung der unter C. 5 in der Congreßvorlage zusammengefaßten Anträge. Der erste derselben, ausgehend von den Nürnberger Parteigenossen, verlangte: der Beschluß des vorjährigen Parteicongresses, wonach der Vorort der Partei alle zwei Jahre wechseln muß, wird außer Kraft gesetzt. Nach kurzer Debatte, in der auf die praktischen Gründe für ein längeres Verbleiben des Ausschusses an demselben Orte hingewiesen wird, nimmt der Congreß den Antrag an. — Der nächste, bereits von zwei Congressen abgelehnte, auf prinzipiellen Erwägungen beruhende Antrag der Breslauer und Münchener Parteimitglieder, der Parteisekretär möge vom Congreß gewählt werden, wird wiederum von der Majorität zurückgewiesen. Auch der darauf folgende Antrag der Breslauer, welcher die Einführung der Parteisteuern durch Marxen wünscht, erleidet dasselbe Schicksal. Darauf wird auf Antrag Geib's zur Redaction der Parteigeschäftsordnung eine Commission aus York, Geib und Liebknecht zusammengesetzt. Zu der Frage bezüglich der Gründung lokaler Parteiblätter hatten die Hamburger Mitglieder beantragt, es möge die vorherige Zustimmung des Ausschusses als erforderlich erklärt werden. Dazu nahm zunächst Liebknecht das Wort, um zu erklären, daß er für seine Person nicht gegen Lokalblätter überhaupt, sondern nur gegen schlechte Lokalblätter sei. Ein gutes Lokalblatt ersetze ungefähr ein Duzend tüchtiger Agitatoren, es sei das beste das sicherste Agitationsmittel überhaupt. Kolasch glaubt, daß durch die Zustimmung des Ausschusses die Fehlschlüsse nicht vermieden werden würden, wie das Beispiel der Münzner Zeitungserklärung beweist. Geib beharrt bei der Ansicht, daß jede Lokalmitgliedschaft sich im eigenen Interesse der Parteileitung unterordnen müsse; er sei auch kein prinzipieller Gegner der Lokalblätter, warne aber vor der Ueberhäufung ihrer Wichtigkeit. Nachdem noch Tauscher, Biedermaier, Ulrich, Edstein, Auer, Wolf, Hillmann, Schumacher, Schade, Mehlhorn, Müller, Hofmann, York, Baumann für und wider gesprochen haben, wird der Hamburger Antrag angenommen. Eine wesentliche Ergänzung dieses an sich etwas unvollständigen, der Wichtigkeit ausgesetzten Antrages wurde durch den folgenden Motteler'schen Antrag gewonnen: „Nur solche Blätter (so lautet derselbe), die mit der Zustimmung des Ausschusses in's Leben treten, haben das Recht, den Namen der Partei zu führen, wie deren moralische und materielle Unterstützung anzurufen.“ Damit ist für alle Zukunft die Stellung der Partei und ihrer Behörden zu den Lokalblättern sozialdemokratischer Tendenz scharf gekennzeichnet. — Der folgende Antrag der Hamburger, der eine bestimmte Regelung des parteilichen Unterstützungswesens eintreten lassen wollte, wird auf Geib's Veranlassung durch Uebergang zur Tagesordnung beseitigt. Der Congreß will dem Anschlag, der auf die oft sehr verschiedenen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen hat, nicht vor vornehmen die Hände binden. Eine sehr ausgedehnte Debatte wurde durch den von den Parteigenossen zu Hannover und Mannheim eingebrachten Antrag: „Wenn irgend möglich, sind betreffs einer Vereinigung der beiden deutschen Arbeiterfractionen geeignete Schritte zu thun“, hervorgerufen. Im Allgemeinen ist man für geeinten Kampf, obwohl man sich allseitig der Ueberzeugung nicht verschließt, daß den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein und die sozialdemokratische Arbeiterpartei nicht nur die Organisations-, sondern auch die Prinzipienfrage trennt, da die letztere sozialistische Partei weit über die unzureichenden Forderungen Lassalle's hinausgegangen ist. Keiner der Congreß-Delegirten neigte zu der Ansicht hin, es dürfe der einst bestandene Streit zwischen „Lassalleanern“ und „Eisenachern“ wieder aufgenommen werden; die Parteien müßten Frieden mit einander halten, um beide den Kampf gegen die bestehende Gesellschaft mit Nachdruck führen zu können. Man ist also für einige Einigung allen nichtsozialistischen Parteien gegenüber, aber nicht für ein Ineinandergehen, eine Vereinigung, weil diese ohne den Bericht eines der beiden Theile auf seine Organisation und einen Theil seiner Prinzipien, also ohne die faktische Unterordnung einer der beiden Parteifractionen unter die andere nicht möglich wäre. Diesen Anschauungen gemäß erhielt die Resolution Geib's die Zustimmung des Congresses. Dieselbe lautet:

„Der Congreß erklärt, der Einigung der beiden deutschen Arbeiterfractionen zugeneigt zu sein. Ueber den Modus einer solchen Einigung werden zum nächsten Congreß seitens des Ausschusses und der der Partei angehörigen Reichstagsmitglieder Vor-

schläge erwartet. Im Uebrigen geht der Congreß zur Tagesordnung über.“

Beginn der Nachmittags-sitzung um 3/4 Uhr. Die Schriftführer verlesen die Protokolle, welche nach Anbringung zweier Monita genehmigt werden. Zur Debatte steht nun zunächst der Antrag der Würzburger Parteigenossen, welcher lautet: „Alle Parteigenossen haben sich als konfessionslos zu betrachten und demgemäß aus der Landeskirche auszuscheiden.“ Dieser Antrag wird auf Vorschlag Tauscher's durch Uebergang zur Tagesordnung beseitigt. Um die Sünden in Bezug auf Organisation zu vermeiden, welche bei der letzten Reichstagswahl namentlich in Sachsen begangen wurden, hatten die Crimmitschauer Genossen beantragt, daß bei Reichstagswahlen ein Candidat unserer Partei nur in einem Bezirke, wo entschiedene Aussicht, ihn durchzubringen, vorhanden ist, aufgestellt werden darf, nicht in mehreren derartigen Bezirken zugleich; ferner daß die Wahlcomités sich vor Aufstellung der Candidaten im Voraus deren bedingungslose Zusage der Annahme einer eventuell auf sie fallenden Wahl gesichert haben müssen. In Anbetracht der bekannten Vorgänge im Leipziger Land-Wahlkreise wurde dieser Antrag für vollständig gerechtfertigt erklärt und mit großer Majorität angenommen. Die einzelnen auf die Agitation bezüglichen Anträge wurden dadurch erledigt, daß der Congreß darüber zur Tagesordnung überging und auf Antrag Geib's die sämtlichen Vorschläge und Gesuche dem neuen Ausschuß zur baldigen Berücksichtigung überwies. Eine sehr ausführliche Debatte riefen die verschiedenen Anträge bezüglich der schriftlichen Agitation, resp. Herausgabe populär geschriebener billiger Agitationschriften hervor. Obwohl ein großer Theil dieser Anträge erst nach der vom Ausschuß bestimmten Frist eingelaufen war, so erlangten dieselben doch die nöthige Unterstützung, behufs Zulassung zur Discussion, jedenfalls ein Beweis, daß man innerhalb der Partei diese Agitationsweise sehr wohl zu schätzen weiß. Am interessantesten war die Besprechung des von Tauscher vertretenen Antrages der Augsburger Parteigenossen, eine auf sozialistischer Grundlage beruhende Jugendzeitung herauszugeben, um der systematischen Verdummung unserer Jugend sowohl durch die Pfaffen als durch die Unterhaltungsindustrie unserer herrschenden liberalen Richtung entschieden entgegenzuarbeiten. Eine große Anzahl Redner, darunter auch Motteler, sprach sich in demselben Sinne aus, jedoch kamen keine klaren, bestimmten Vorschläge über die Art und Weise der Ausführung zur Sprache. Liebknecht meint, daß das beste Geschichtsbuch jedenfalls eine durch und durch volkshilflich geschriebene Welt-, resp. Kulturgeschichte der Menschheit sein dürfte, in welcher die Lügen und Märchen der Geschichtsfälscher nachgewiesen, auf Grund der wissenschaftlichen Ergebnisse die Unwahrheiten der in religiösen Büchern enthaltenen Erzählungen klar dargelegt und die Entwicklung der Menschheit von den Ursprüngen aus dem thierischen Zustand bis hinauf in die Gegenwart in faßlicher Weise vorgeführt würde. Darin sei namentlich auf die verschiedenen sozialistischen Umgestaltungsversuche zu verschiedenen Zeiten Gewicht zu legen. Allein diese Arbeit sei einem einzelnen Manne nicht gut zuzumuthen, sondern es müßten sich dazu mehrere tüchtige Köpfe vereinigen. Ueberhaupt könne man die Abfassung derartiger Schriften nicht dekretiren, wie dies wohl bei Broschüren über das Parteiprogramm oder über die ländliche Arbeiterfrage recht wohl möglich sei. Angenommen wurden schließlich der Antrag der Augsburger, der schon oben erwähnt wurde, sowie ein Antrag Geib's, baldmöglichst eine populär geschriebene Broschüre über das Parteiprogramm, und eine weitere zur Agitation unter den Landarbeitern herauszugeben. Der Preis derselben darf einen Silbergroschen nicht übersteigen. Ein Antrag der Bremer Parteigenossen, mehrmals im Jahre Agitationsnummern vom „Volkstaat“ herauszugeben, wurde gleichfalls adoptirt. Ein Revisionsvorschlag der Parteigeschäftsordnung wurde en bloc angenommen. Im Auftrag der Commission zur Schlichtung der schweizerischen Streitfrage erstattet Dr. Sy Bericht und wurde die Sache durch den Beschluß erledigt, daß von beiden Seiten, sowohl von der Centralisation der deutschen Arbeiterbildungsvereine, welche direct zu unserer Partei gehören, als von Seiten des schweizerischen Arbeiterbundes geeignete Schritte gethan werden sollen, um dem demoralisirenden unzureichenden Zustand, durch welchen die Interessen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei empfindlich geschädigt werden, baldigst ein Ende zu machen und, wenn auch nicht sofort ein Zusammengehen, doch wenigstens ein brüderliches Nebeneinandergehen zu ermöglichen. Der Parteiausschluß wurde beauftragt, sich mit dem Centralcomité der deutschen Vereine in Verbindung zu setzen. Der nächstjährige Congreß wird in Chemnitz abgehalten. Zum Schluß wurden noch die Protokolle der beiden letzten Sitzungen verlesen und genehmigt.

Wahlrecht nahm das Wort zu einer kurzen Schlussansprache, betonte in derselben, wie der Congreß zur Zufriedenheit Aller in bester Weise verlaufen sei, ermahnte die Genossen, immer treu und fest zur Förderung der Sache beizutragen und in den uns sicher bevorstehenden Stürmen nicht zu erlahmen im Kampfe für Freiheit und Recht. Schluß des Congresses 1/9 Uhr.

### Gewerkschaftliches.

#### Allgemeiner Böttcher- (Küper-) Verein.

Berlin. (Zur gefälligen Beachtung.) Um dem schon vielfach verbreiteten Gerüchte entgegenzutreten, der Böttcher und Attentäter Kullmann hätte von und Geld zur Reise nach Riffingen erhalten, zeigen wir hiermit an, daß Kullmann weder von und noch einem Zweigvereine Reisegeld erhalten hat, auch hat derselbe noch nie unsern Verein angehört. Wir wissen eben so wenig, aus welchen Mitteln er Geld erhalten, noch welcher Inspiration er gefolgt ist. Der Vorstand.

#### Allgemeiner deutscher Töpferverein.

Hamburg. Der Streik und Anschlag der Münchener Collegen ist als Vereinsangelegenheit erklärt. Zugang ist streng fernzuhalten; Unterstützung ist zu senden an Mathias Käufe in München, Moosburgerhof, Sendlingerzasse Nr. 19. Näherer Bericht folgt. J. Wille, Vorsitzender.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden ersucht, Obiges aufzunehmen.

### Correspondenzen.

Fork. Meine Verhaftung in Sommersfeld wurde bereits in Nr. 82 des „Volkstaat“ berichtet, und ich will daher nur Nachsichendes hinzufügen. Von der Tribüne aus verhaftet, steckte man mich in ein elendes Polizeigefängniß, welches drei Schritte lang und ebensoviel breit war. Als die Gefängnisthür geöffnet wurde, wehte mir ein furchtbarer pestilenzialischer Gestank entgegen, welcher noch durch das zur Entleerung in der Zelle befindliche Gefäß um ein bedeutendes vermehrt wurde, besonders da dasselbe von Sonntag bis Donnerstag Mittag nicht gereinigt wurde. Wie in solchen Zellen die Speisen münden, kann sich Jeder denken. Das Nachtlager war auch nicht sehr einladend. Außer einem bereits stroh-

lofen Sack gab es noch eine Roge, und das Nachtlager ist geschrieben. Wasser mußte ich mir jeden Tag erbetteln und Bewegung konnte ich in der Zelle je nach meinem Belieben machen. Von Sonntag bis Donnerstag mußte ich warten ohne jeden Ausfluß über meine Verhaftung. Endlich wurde ich Donnerstag Mittag zum Untersuchungsrichter geführt und, nachdem das Protokoll aufgenommen, auf freien Fuß gesetzt. Bis heute ist noch keine Anklage zugelassen. Gründe zu meiner Verhaftung wurden mir nicht mitgetheilt — wozu auch?

Nach meiner Freilassung besuchte ich die Gefängnisgenossen wo ich aufs beste empfangen wurde und man mir versicherte, gerade diese Verhaftung so manchem die Augen geöffnet hat. Ich bin gewiß, daß in Sommersfeld die Partei Boden fassen wird trotz allen Polizeihexen.

Zum Ueberflus wurde ich noch aus der Arbeit entlassen. Ich noch einen kleinen Beitrag zur „Staatskretzei“. Nach meiner Freilassung machte ich mit zwei Arbeitern einen Spaziergang durch die Stadt; der Zufall führte uns den Polizeiwachmeister entgegen, welcher sich recht sehr „freute“, mich auf freiem Fuß zu blicken. Er ließ sich mit uns in ein Gespräch ein und ließ es „guten“ Lehren nicht fehlen. In seinem Eifer kam er so weit, daß er zu den mich begleitenden Arbeitern sagte: „Es muß nicht so weit kommen, daß die Arbeiter die Redner auf der Tribüne mit Knütteln todtschlagen.“ (Herr „Knüttel-Vasler“, wie gefälligst Ihnen dieser Mann?) Ferner sagte er: „Und wenn Liebknecht kommt, so kann er auch verhaftet werden — finden kann man immer etwas, wenn man nur will. Jeder deutet das Gesetz anders.“ (Aufrichtiges Geständniß eines dienstfertigen Polizeihexen.)

Hugo Schmidt. Berlin, 18. Juli. (Ein empfehlenswerthes Beispiel.) Die Arbeiter der Mundt u. Pich'schen Lächerfabrik haben durch Beschluß eine Sammelbüchse in den Fabrikräumen angebracht; der Betrag ist zum Besten der politisch Gemährzelten bestimmt. Wenn der flauen Geschäftszeit und der bekannten schlechten Lage nicht Berliner Weber ist diese Thatfache ein erneuter Beweis für Opferwilligkeit und das politische Verständniß der Arbeiter. Nächst diesem lobenswerthen Beispiele viele Geschäfte folgen und von Allen diejenigen Branchen eine Lehre daraus ziehen, welche in ihrem Einkommen nicht so karglich bedacht sind wie die Weber. Durch die Eintreten Aller für unsere große Sache ist Tessenlof unser bester Agitator und „Blögensee“ — ein angenehmer (?) Ausenbalt.

Fond i. pol. Gemährreglie. Von Gedäch übergeben: 1 Thlr. 14 Gr., gest. dr. Löwe in ein Lichterwerkst. 1 Thlr. 15 Gr. v. Reikarweg. hier d. Stefani.

Briefkasten. der Redaktion. Auer in Eisenach; Wendt u. Babel in Berlin, Dehmann in Sessen; für diese Nummer zu spät eingetroffen. Expedition. J. E. E. Die Schest. sind am 18. ds. ds. Demann abgegangen. J. Fern Wien Nr. 1 Thlr. S. Suf Gera 2 Thlr. J. Rkr hier Nr. 10 Thlr. Bog hier Nr. 16 Gr. Haffbrillgenossenschaft hier Ann. Thlr. 3 21. Arb.-Ber. Kleinzocher Nr. 4 Gr. S. Ferng Tannhausen 3 Thlr. 1 Thlr. Gwerlich. d. Maurer Zimmerer hier Ann. Thlr. 1 3. P. H. Philadelphia Nr. 35 Thlr. Sozialdem. Arb.-Ber. hier Nr. Arb.-Bzg. Thlr. 2 10. Dr. W. Bernsd. 1 Thlr. Expedition „Volkstote“ Dresden: Wir erhalten kein Tauscherpl. Warum? Für Sie ist bei hiesiger Post eingezahl. Arb.-Ber. Freiburg u. J. Giesig Köln: Die von Ihnen gewünschten Beiträge der Arbeiterzeitung haben wir erst in Newport nachbestellen müssen, fort nach Entressen senden wir Ihnen dieselben zu.

### Anzeigen etc.

Berlin. Socialdemokratische Arbeiterpartei. Montag, den 27. Juli, Abends 8 Uhr: Oesterr. Parteiversammlung: 1) Prinzstraße 72 bei Carius, (oberer Saal.) Sozial-politische Betrachtungen. Vortrag des Herrn Baumann. 2) Landwehrstraße 11 bei Meißner, (oberer Saal.) Die Gefährdung; kritisch erläutert durch Herrn Körner. Parteigenossen, erscheint zahlreich und pünktlich. Es sei Jedem Ehrsache für die Ausbreitung der Partei zu wirken. Jedermann hat freien Zutritt. Das Agitations-Comité.

Berlin. Allgemeiner Böttcher- (Küper-) Verein. Sonntag, den 28. Juli: Große Landpartei nach Friedriehagen. Fachgenossen, die sich daran betheiligen wollen, werden ersucht, Morgens 6 Uhr auf der Frankfurter Badn sich einzufinden. D. Vorstand.

### Leipzig und Umgegend.

Sonntag, den 2. August 1874: Internationaler Spaziergang. Amarsch punkt 1 Uhr in Geisenhauers Restauration zu Lindenau. Zahlreiche Theilnahme erwarten. Die Tagelöhner. R. Freißer, C. Eheite, Cammingau. NB. Zeit und Ort des Ausbruchs in Schleusig und Bföder noch bekannt gemacht.

Leipzig. Allgemeiner deutscher Schneiderverein. Dienstag, den 28. Juli, Abends 8 Uhr: Versammlung Gewandzähnen 4 l. — L. D.: 1) Die Einigungsämter und Schiedsgerichte. 2) Der Verband. — Gäste willkommen. D. B.

Leipzig und Umgegend. Metallarbeiter-Gewerkschaft. Montag, den 27. Juli: Versammlung. Nicolaistraße Nr. 38. Frühlich, Hof 1 Tr. — L. D.: 1) Rechenschaftsbericht. 2) Revisionsämter. 3) Dringende Gewerkschafts-Angelegenheiten. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung bittet um recht zahlreichem Besuch. R. Ludwig.

Leipzig und Umgegend. Mittwoch, den 29. Juli. Abends 8 Uhr: Sitzung Agitations-Comité's im Vereinslokale. Der Vorstand.

Leipzig. Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer. Dienstag, den 28. Juli, Abends 8 Uhr, bei Zedler, Windmühlstraße 7: Generalversammlung. L. D.: Rechenschaftsbericht. Neuwahl des Vorstandes.

Die „Chemnitzer Freie Presse“ schreibt an ihrer Spitze: „Leider haben wir schon wieder den Tod eines unserer bravsten Genossen zu verzeichnen. Es ist Parteigenosse Hermann Wed, welcher im jugendlichen Alter von 23 Jahren nach längerem Leiden an Auszehrung verschieden ist.“

Derselbe hat sich sowohl durch seine rastlose Thätigkeit zum Wohl der Partei am hiesigen Orte, als durch die Mitarbeiterschaft an der „Chemnitzer Freien Presse“, welche ihm drei Monate Festungshaft eintrug, ein bleibendes Andenken erworben im Herzen seiner Freunde und Genossen. Möge Jeder so treu und rastlos seine Pflicht thun, wie die leider zu früh von uns Geschiedene.“

Leipzig: Berant. Redakteur: R. Freißer. (Redaktion und Expedition Reigstr. 41.) Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei.